

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Dienstag, **21.10.2014**, 17:00 Uhr - 19:30 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Maike Hamann , Petra Hensel-Stolz , Bruno Kleine Borgmann , Mechthild Neuhaus , Andreas Nicklas , Josef Schliemann , Angela Stähler ,

von der SPD-Fraktion

Rixa Borns , Doris Feldmann , Michael Kleyboldt , Ulrich Thoden Vertretung für Herrn Max Westrup, Robert von Olberg ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Christoph Kattentidt , Raimund Köhn , Katrin Liebert , Karl-Heinz Neubert ,

von der FDP-Fraktion

Jörg Berens ,

von der Fraktion DIE LINKE.

Olaf Götze Vertretung für Herrn Ali Atalan,

von der Fraktion PIRATEN/ÖDP

Pascal Powroznik ,

von der Verwaltung

Gerd Bertling , Klaus Ehling , Gerlinde Haase , Dr. Thomas Hauff , Isabel Limmer , Bernhard Paschert , Ludger Watermann , Wolfgang Wimmer ,

für die Schriftführung

Winfried Engbert ,

Es fehlte/n:

Tim Klute ,

Es fehlte/n:

Ali Atalan , Max Westrup ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 21.10.2014

Tagesordnung

- | | | |
|---------------------------|-----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingänge und Eingaben |
| | 3. | Mitteilungen und Berichte der Verwaltung |
| <u>V/0637/2014</u>
III | 4. | Aktualisierung der Kleinräumigen Bevölkerungsprognose (KBP) 2009 - 2020 für den Zeitraum 2013 - 2020: Zentrale Ergebnisse |
| <u>V/0683/2014</u>
IV | 5. | Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung - befristete Fortsetzung des Angebotes |
| <u>V/0647/2014</u>
IV | 6. | Villa Interim
Verstetigung des Angebotes für einen außerschulischen Lernort |
| <u>V/0661/2014</u>
IV | 7. | Neue Raumstandards im Offenen Ganzttag an Grundschulen in Münster |
| <u>V/0778/2014</u>
IV | 8. | Sachstandsbericht zur Projektentwicklung 2. städt. Gesamtschule |
| <u>V/0743/2014</u>
IV | 9. | Mantelvorlage Inklusion |
| <u>V/0528/2014</u>
IV | 10. | Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen (PTA-Lehranstalt)
hier: Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung |
| | 11. | Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung |
| | 12. | Verschiedenes |

Frau Stähler begrüßt die Mitglieder des Ausschusses. Herr Thoden (SPD) und Herr Götz (DIE LINKE) werden als neue Mitglieder des Ausschusses verpflichtet.

Herr Kattentidt erklärt, dass der Fraktion zu den Haushaltsberatungen am kommenden Wochenende noch wichtige Vorlagen fehlen. Er führt dabei die zu den Seiteneinsteigern und den BuT-Kräften an.

Herr Ehling gibt Hinweise zum Bearbeitungsstand der angesprochenen Vorlagen.

Punkt 1 der Tagesordnung	Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
---------------------------------	--

Es wird zu allen Tagesordnungspunkten Berichterstattung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung	Eingänge und Eingaben
---------------------------------	------------------------------

- 2.1 PTA-Lehranstalt
Herr Ehling berichtet von einem Schreiben der Präsidentin der Apothekerkammer Westfalen-Lippe zur Sicherung der PTA-Ausbildung in Westfalen-Lippe. Das Schreiben wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.
- 2.2 Uppenbergschule
Herr Ehling berichtet von einem Schreiben der Uppenbergschule zum Erhalt der BuT-Stellen.

Punkt 3 der Tagesordnung	Mitteilungen und Berichte der Verwaltung
---------------------------------	---

- keine -

Punkt 4 der Tagesordnung V/0637/2014	Aktualisierung der Kleinräumigen Bevölkerungsprognose (KBP) 2009 - 2020 für den Zeitraum 2013 - 2020: Zentrale Ergebnisse
---	--

Herr Dr. Hauff gibt einige Erläuterungen zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose. In einer kurzen Aussprache bittet der Ausschuss um einen Bericht der Verwaltung zu schulpolitischen Konsequenzen aus der vorliegenden Prognosen.

Die für den Ausschuss vorgesehenen Folien werden dem Protokoll als Anlage beigefügt. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0683/2014	Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung - befristete Fortsetzung des Angebotes
---	--

Die Fraktionen der SPD und der GAL stellen folgenden Änderungsantrag:

Der Rat möge folgenden Beschluss fassen:

1. bis 3. wie Vorlage

4. neu:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuausrichtung des Angebotes „Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“ konzeptionell zu aktualisieren und an die aktuelle und zu erwartende Entwicklung der SchülerInnenzahlen an den Förderschulen im Zuge der Inklusion anzupassen. Hierbei ist insbesondere ein Konzept zu entwickeln, wie die Angebote der Jugendhilfe künftig dem zu erwartenden veränderten Anmeldeverhalten entsprechend an Regelschulen verlagert werden können.

Herr Kattentidt begründet den Antrag.

Es folgt eine ausführliche Aussprache, in der Herr Paschert und Herr Ehling Hinweise zur Vorlage geben und Fragen von Mitgliedern des Ausschusses beantworten.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und GAL wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL, Fraktion „DIE LINKE“ und den Piraten gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

In der nachfolgenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL, Fraktion „DIE LINKE“ und den Piraten gegen sechs Stimmen (5 CDU, 1 FDP) bei drei Enthaltungen (CDU) folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

- 1) Der Rat nimmt die Auswertung und Wirkung des Konzeptes „Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“ zur Kenntnis.
- 2) Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien setzt das bestehende Angebot der „Jugendhilfe an den Förderschulen“ an der Uppenbergschule mit den Teilstandorten in Hilstrup, Roxel und Kinderhaus sowie der Albert-Schweitzer-Schule befristet, zunächst bis zum 31.12.2017, fort.
- 3) An den genannten Förderschulen bzw. Teilstandorten werden die zur Zeit bis zum 31.12.2014 befristeten vier 0,5 Stellen in der Produktgruppe 0603 für pädagogische Fachkräfte mit organisatorischer Anbindung an das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien weitergeführt.
- 4) **Die Verwaltung wird beauftragt, die Neuausrichtung des Angebotes „Jugendhilfe an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen“ konzeptionell zu aktualisieren und an die aktuelle und zu erwartende Entwicklung der SchülerInnenzahlen an den Förderschulen im Zuge der Inklusion anzupassen. Hierbei ist insbesondere ein Konzept zu entwickeln, wie die Angebote der Jugendhilfe künftig dem zu erwartenden veränderten Anmeldeverhalten entsprechend an Regelschulen verlagert werden können.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0603	Förderung von benachteiligten jungen Menschen			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2015 - 2017	112.570 pro Jahr	Veränderung zum HH- Entwurf 2015
Deckung:					
Produktgruppe	0605	Erzieherische und wirtschaftliche Hilfen für Familien			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2015 – 2017	- 112.570 pro Jahr	Veränderung zum HH- Entwurf 2015

Die Folgelastenberechnung wird zur Kenntnis genommen.

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen werden im Haushaltsplan 2015, Ergebnis- und Finanzplanung 2014 - 2018 bei der o. g. Produktgruppe über Veränderungsblätter zum Haushaltsplanentwurf zur Verfügung gestellt. Die Veränderung erfolgt ergebnisneutral durch Mittelum-schichtung innerhalb des Gesamtbudgets des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0647/2014**

**Villa Interim
Verstetigung des Angebotes für einen außerschulischen Lernort**

Herr Ehling gibt einige Hinweise zur Vorlage. Nach einer kurzen Aussprache, in der Herr Ehling Fragen von Mitgliedern des Ausschusses beantwortet, empfiehlt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Bericht über die Arbeit der Villa Interim zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der Bezirksregierung Münster auf eine Verstetigung und Absicherung der Villa Interim als außerschulischen Lernort hinzuwirken.
3. Zur personellen Absicherung beschließt der Rat
 - die Aufhebung des kw-Vermerks (30.11.2014) an 1,00 EGr. S 12 für eine/n Diplomsozialarbeiter/-in / Diplompädagogen/-in im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien zur dauerhaften Betreuung der maximal 12 Schülerinnen und Schüler,

- die Absicherung der schulpsychologischen Begleitung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler durch Aufstockung einer Schulpsychologenstelle um 10 Wochenstunden ab dem 01.01.2015 (0,26 EGr. 13).

II. Kosten / Folgekosten

Die laufenden Aufwendungen für die Ausstattung mit Lehrmitteln, Bereitstellung der entsprechenden Medien (MEP), Telefon, Schülerfahrkosten sowie Projektmittel für ergänzende pädagogische Maßnahmen sind aus laufenden Mitteln der Produktgruppe 0302 finanziert.

Die Aufwendungen für die personelle Ausstattung (Beschlusspunkt 3) sind wie folgt in den Teilergebnisplänen nachstehender Produktgruppen bereitzustellen:

Produktgruppe 0301: „Leistungen für Schulen“

Aufwendungen				
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung		Betrag	Bemerkung
11	Personalaufwendungen		2015 ff: 21.560 €	Der Eckwert für die Personalaufwendungen erhöht sich entsprechend
Aufwendungen gesamt			21.560 €	

Produktgruppe 0603: „Förderung von benachteiligten jungen Menschen“

Aufwendungen				
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung		Betrag	Bemerkung
11	Personalaufwendungen		2015 ff: 56.820 €	Der Eckwert für die Personalaufwendungen erhöht sich entsprechend
Aufwendungen gesamt			56.820 €	
Zuschussbedarf			78.380 €	

Die Verwaltung wird entsprechende Veränderungsblätter in die Etatberatungen einbringen.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0661/2014 Neue Raumstandards im Offenen Ganztage an Grundschulen in Münster

Herr Wimmer gibt einige Hinweise zur Vorlage. Die Fraktionen der SPD und GAL stellen folgenden Antrag:

Der Rat beschließt:

1. wie Vorlage

2. neu:

Der Rat beschließt, angesichts der perspektivisch steigenden Teilnehmerquoten im Offenen Ganztage, die bestehenden Schulgebäude mit allen Räumen sowohl für Unterricht wie für Angebote des Offenen Ganztags zu nutzen.

Die räumlichen Bedarfe des Offenen Ganztags und der Inklusion sind im Zusammenhang zu betrachten und schulspezifische Umsetzungsmöglichkeiten zu

erarbeiten.

An den Schulen, an denen die bestehenden Raumstandards nicht umgesetzt werden können, kann bei Vorlage eines entsprechenden pädagogischen Raumkonzepts hiervon abgewichen werden.

3. neu:

Die Verwaltung verstetigt und intensiviert die bestehenden beratenden Unterstützungsangebote zur Weiterentwicklung der schulspezifischen Konzepte des Offenen Ganztags.

Diese Unterstützungsangebote erhalten vorrangig die Schulen, bei denen eine Umsetzung im Gebäudebestand erforderlich ist. Die Fachberatung muss insbesondere auch die Weiterentwicklung der Offenen Ganztagschule als inklusiven Bildungsort umfassen.

Darüber hinaus sollen verstärkt Modelle der Kooperation des Offenen Ganztags mit außerschulischen Partnern z.B. Jugendeinrichtungen, Sportvereinen, Musikschulen, Kultureinrichtungen und weiteren freien Trägern entwickelt werden, um so auch außerhalb der bestehenden Schulgebäude neue räumliche Ressourcen für Angebote des Offenen Ganztags zu erschließen.

Um dem Anspruch einer Verzahnung von Schule und Jugendhilfe gerecht zu werden, ist auch der Beschluss des Rates zur Erhöhung des Trägeranteils im Offenen Ganztags zu berücksichtigen.

4. neu:

Die Verwaltung wird beauftragt angesichts der Raumsituation mit den Schulen zu prüfen, ob und wie die Angebote der Bis-Mittag-Betreuung stärker mit den Angeboten des Offenen Ganztags verzahnt werden können.

5. neu:

Nach zwei Jahren erfolgt eine Evaluation der Entwicklung der Raumausstattung des Offenen Ganztags an den Schulen auf der Grundlage der neu entwickelten bzw. modifizierten Kooperations- und Ganztagsmodelle.

6. neu:

Die Verwaltung wird beauftragt, jede Grundschule, die zu einer gebundenen Ganztagschule werden möchte, bestmöglich zu unterstützen.

Herr von Olberg begründet den Antrag.

Nach einer ausführlichen Aussprache, in sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung darauf einigt, über die Antragspunkte einzeln abzustimmen, und einer kurzen Sitzungsunterbrechung stimmt der Ausschuss über die Antragsinhalte wie folgt ab:

2. Der Rat beschließt, angesichts der perspektivisch steigenden Teilnehmerquoten im Offenen Ganztags, die bestehenden Schulgebäude mit allen Räumen sowohl für Unterricht wie für Angebote des Offenen Ganztags zu nutzen. Die räumlichen Bedarfe des Offenen Ganztags und der Inklusion sind im Zusammenhang zu betrachten und schulspezifische Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten. An den Schulen, an denen die Raumstandards nicht umgesetzt werden können, kann

bei Vorlage eines entsprechenden pädagogischen Raumkonzepts hiervon abgewichen werden.

Der Antragspunkt wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ gegen die Stimmen der CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten angenommen.

3. Die Verwaltung verstetigt und intensiviert die bestehenden beratenden Unterstützungsangebote zur Weiterentwicklung der schulspezifischen Konzepte des Offenen Ganztags.
Diese Unterstützungsangebote erhalten vorrangig die Schulen, bei denen eine Umsetzung im Gebäudebestand erforderlich ist. Die Fachberatung muss insbesondere auch die Weiterentwicklung der Offenen Ganztagschule als inklusiven Bildungsort umfassen.
Darüber hinaus sollen verstärkt Modelle der Kooperation des Offenen Ganztags mit außerschulischen Partnern z.B. Jugendeinrichtungen, Sportvereinen, Musikschulen, Kultureinrichtungen und weiteren freien Trägern entwickelt werden, um so auch außerhalb der bestehenden Schulgebäude neue räumliche Ressourcen für Angebote des Offenen Ganztags zu erschließen.
Um dem Anspruch einer Verzahnung von Schule und Jugendhilfe gerecht zu werden, ist auch der Beschluss des Rates zur Erhöhung des Trägeranteils im Offenen Ganztags zu berücksichtigen.

Der Antragspunkt wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU angenommen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt angesichts der Raumsituation mit den Schulen zu prüfen, ob und wie die Angebote der Bis-Mittag-Betreuung den Bedarfen der Familien entsprechend stärker mit den Angeboten des Offenen Ganztags verzahnt werden können.

Der Antragspunkt wird einstimmig angenommen.

5. Nach zwei Jahren erfolgt eine Evaluation der Entwicklung der Raumausstattung des Offenen Ganztags an den Schulen auf der Grundlage der neu entwickelten bzw. modifizierten Kooperations- und Ganztagsmodelle.

Der Antragspunkt wird mehrheitlich gegen die Stimme der FDP angenommen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, jede Grundschule, die zu einer gebundenen Ganztagschule werden möchte, bestmöglich zu unterstützen.

Der Antragspunkt wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL und der Piraten gegen die Stimmen der CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion „DIE LINKE“ angenommen.

Herr Ehling macht deutlich, dass die Umsetzung des Antrags zu Schwierigkeiten führen kann. Dazu wird mit den schulpolitischen Sprechern noch ein Abstimmungsgespräch geführt.

In der nachfolgenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der SPD, GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP und den Piraten folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat bestätigt den Grundsatz eines bedarfsdeckenden Angebotes Offener Ganztagsplätze an den Grundschulen in Münster.
2. **Der Rat beschließt, angesichts der perspektivisch steigenden Teilnehmerquoten im Offenen Ganztage, die bestehenden Schulgebäude mit allen Räumen sowohl für Unterricht wie für Angebote des Offenen Ganztags zu nutzen.**
Die räumlichen Bedarfe des Offenen Ganztags und der Inklusion sind im Zusammenhang zu betrachten und schulspezifische Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten.
An den Schulen, an denen die Raumstandards nicht umgesetzt werden können, kann bei Vorlage eines entsprechenden pädagogischen Raumkonzepts hiervon abgewichen werden.
3. **Die Verwaltung verstetigt und intensiviert die bestehenden beratenden Unterstützungsangebote zur Weiterentwicklung der schulspezifischen Konzepte des Offenen Ganztags.**
Diese Unterstützungsangebote erhalten vorrangig die Schulen, bei denen eine Umsetzung im Gebäudebestand erforderlich ist. Die Fachberatung muss insbesondere auch die Weiterentwicklung der Offenen Ganztagschule als inklusiven Bildungsort umfassen.
Darüber hinaus sollen verstärkt Modelle der Kooperation des Offenen Ganztags mit außerschulischen Partnern z.B. Jugendeinrichtungen, Sportvereinen, Musikschulen, Kultureinrichtungen und weiteren freien Trägern entwickelt werden, um so auch außerhalb der bestehenden Schulgebäude neue räumliche Ressourcen für Angebote des Offenen Ganztags zu erschließen.
Um dem Anspruch einer Verzahnung von Schule und Jugendhilfe gerecht zu werden, ist auch der Beschluss des Rates zur Erhöhung des Trägeranteils im Offenen Ganztage zu berücksichtigen.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt angesichts der Raumsituation mit den Schulen zu prüfen, ob und wie die Angebote der Bis-Mittag-Betreuung den Bedarfen der Familien entsprechend stärker mit den Angeboten des Offenen Ganztags verzahnt werden können.**
5. **Nach zwei Jahren erfolgt eine Evaluation der Entwicklung der Raumausstattung des Offenen Ganztags an den Schulen auf der Grundlage der neu entwickelten bzw. modifizierten Kooperations- und Ganztagsmodelle.**
6. **Die Verwaltung wird beauftragt, jede Grundschule, die zu einer gebundenen Ganztagschule werden möchte, bestmöglich zu unterstützen.**

Kosten:

Durch diesen Beschluss werden unmittelbar keine zusätzlichen Kosten ausgelöst. Einzelmaßnahmen zur Umsetzung des Beschlusspunktes 2 werden aus bestehenden Budgets (Produktgruppe 0301 Leistungen für Schulen / Investitionsmaßnahme 4090 Bauk. Einr. Offener GT - Auszahlung für Baumaßnahmen und Investitionsmaßnahme 4091 Besch. Einr. Offener GT - Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) finanziert.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0778/2014**

**Sachstandsbericht zur Projektentwicklung 2. städt.
Gesamtschule**

Herr Ehling gibt einige Hinweise zur Vorlage.

Nach einer kurzen Aussprache nimmt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0743/2014**

Mantelvorlage Inklusion

Die Vorlage wurde eingebracht.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0528/2014**

**Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assis-
tenten/innen (PTA-Lehranstalt)
hier: Änderung der Benutzungs- und Gebührensatz-
zung**

Die Vorlage wurde eingebracht.

Punkt 11 der Tagesordnung

**Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschus-
ses für Schule und Weiterbildung**

Marienschule Roxel

Frau Stähler berichtet von einer Anfrage der Marienschule Roxel. Die Schule fragt an, ob bei weiter zunehmenden Raumbedarf die Möglichkeit besteht, freiwerdende Räume der Augustin-Wibbelt-Schule zu nutzen.

Herr Ehling sagt eine Klärung der Frage zu.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

keine Wortmeldungen

Angela Stähler
Vorsitz

Winfried Engbert
Schriftführung

